

Die fleißigen Erben der "Welfare Queen"

"Welfare Queen" Linda Taylor symbolisierte das Sozialschmarotzertum. Ihr wurde das Handwerk gelegt. Und Amerika reformierte die Fürsorge. Erfolgreich.

Von Katja Gelinsky und Claus Tigges

"Es gibt da eine Frau in Chicago. Sie hat 80 Namen, 30 Adressen, 12 Sozialversicherungskarten und kassiert Kriegsrenten für verstorbene Ehemänner, die es nie gegeben hat." So sprach Ronald Reagan im Vorwahlkampf zur Präsidentschaft im Frühjahr 1976. Linda Taylor, so lautete ihr richtiger Name, wurde vom späteren Präsidenten - er siegte erst vier Jahre darauf gegen Amtsinhaber Jimmy Carter - stellvertretend für all jene an den Pranger gestellt, die die Solidarität der Gemeinschaft auf das schamloseste ausnutzten. Die damals 47 Jahre alte Chicagoerin wurde zur Cadillac fahrenden "Welfare Queen", einer Königin der Sozialhilfe.

Um 150 000 Dollar soll sie den Staat betrogen haben, verurteilt wurde sie später wegen der Erschleichung von Fürsorgeleistungen über 8000 Dollar. Und schlimmer noch: Taylor war kein Einzelfall. Viele Sozialhilfeempfänger hatten sich mit dem Geld des Staates verhältnismäßig gut eingerichtet und dachten überhaupt nicht daran, wieder einer geregelten Arbeit nachzugehen.

Zwei Jahrzehnte später, im August 1996, war es der Demokrat Bill Clinton, der seine Unterschrift unter den "Personal Responsibility and Work Opportunity Reconciliation Act" setzte und seinen Landsleuten das "Ende der Fürsorge, wie wir sie kennen", verkündete. "Wir haben heute die Gelegenheit, die Sozialhilfe in das zu verwandeln, was sie sein soll - nämlich eine zweite Chance und nicht eine normale Lebensart", sagte Clinton.

Der Einschnitt war radikal: Die Reform beendete die Sozialhilfe des Bundes in ihrer traditionellen Form und verwies die Verantwortung an die Bundesstaaten. Diese erhalten seither einen geringen Zuschuß aus Washington und sind relativ frei in der Festlegung der Voraussetzungen, unter denen ihre Bürger Fürsorge erhalten. Kernelement der "Welfare-Reform" ist die Bedingung, daß Empfänger innerhalb von zwei Jahren eine Arbeit aufnehmen müssen und die Leistungen nur noch höchstens fünf Jahre - auf das gesamte Leben bezogen - bezahlt werden.

Das Reformgesetz wurde von einer breiten Mehrheit getragen. Es bestand Einvernehmen darüber, daß die bestehende Fürsorge zu viele Empfänger in eine Sackgasse der Bedürftigkeit geführt hatte. Das hielt Sozialverbände und Kirchen nicht von bitterer Kritik ab: Die Reform sei eine Bestrafung der Armen und spalte die amerikanische Gesellschaft. Der demokratische Senator Daniel Patrick Moynihan bezeichnete das Werk gar als einen "obszönen Akt sozialen Rückschritts" und warnte, Millionen amerikanischer Kinder würden in die Armut gestoßen.

"Das Geld, was Sozialhilfeempfänger bekommen, reicht nicht zum Leben", sagt Claudia Thorne, Direktorin der Washingtoner Wohlfahrtsorganisation "Community Family Life Services" (CFLS). "Aber das war vor der Reform auch schon so", ergänzt die Sozialarbeiterin Gabriele Göhner-Tibbs, die aus Schwäbisch Hall stammt. Ohne zusätzliche Leistungen wie Lebensmittelmarken, Wohngeld, Unterstützung bei der Kinderbetreuung und die staatliche Krankenversicherung gehe es nicht. Fortschritte habe die Sozialhilfereform insofern gebracht, als es nun zahlreiche

Qualifizierungsprogramme für Sozialhilfeempfänger gebe. Die Teilnahme an diesen Programmen und die spätere Aufnahme einer Beschäftigung, die Voraussetzung für den Bezug von Sozialhilfe sind, würden "ziemlich streng kontrolliert". "Dadurch hat sich die Einstellung der Sozialhilfeempfänger geändert", sagt Claudia Thorne. Sie wissen nun, daß sie sich Arbeit suchen müssen.

Nach Überzeugung von Betty Washington ist das genau der richtige Ansatz. "Wer keine Arbeit hat, kann seine Kinder nicht zu einem eigenverantwortlichen Leben erziehen", sagt die 42 Jahre alte Sozialhilfeempfängerin, während sie ihrer sechs Monate alten Tochter die Flasche gibt. Sie brauchte nach dem Reformgesetz nicht zu arbeiten, bis ihre Tochter ein Jahr alt ist. Aber so lange will sie nicht warten. Sobald sie einen Krippenplatz für den Säugling hat, will Betty Washington, die derzeit Sozialleistungen im Wert von 688 Dollar im Monat bekommt und in einem Wohnheim von CFLS lebt, sich um einen "gutbezahlten Verwaltungsjob" bemühen.

"Ich bin eine Kämpferin", sagt die schwarze Amerikanerin stolz. Washington war Verwaltungsangestellte bei der Howard Universität und zuvor beim Fernsehsender "Black Entertainment", bevor sie durch eine "schlechte Entscheidung" alles verlor. Vergangenes Jahr gab sie ihren Job auf, um ihren damaligen Freund, einen Lastwagenfahrer, ein Jahr lang auf seinen Touren zu begleiten. "Nach fünf Monaten entschied er, daß er weder mich wollte noch das Baby, das ich von ihm erwartete." Betty Washington stand auf der Straße. Ihre Ersparnisse waren aufgezehrt, und ihre alten und kranken Eltern wollte sie nicht um Hilfe bitten. An Stellenangeboten mangle es ihr nicht, versichert die Frau. Was fehle, sei die Kinderbetreuung.

Nach dem Gesetz haben Sozialhilfeempfänger in Washington ein Jahr lang Anspruch auf einen kostenlosen Krippenplatz, damit sie wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen. "Aber die vorhandenen Plätze reichen nicht, um den Bedarf zu decken", sagt Gabriele Göhner-Tibbs. Auch fehle es an staatlichen Leistungen, die den Übergang von der Sozialhilfe zur Unabhängigkeit erleichterten. Denn das Anfangsgehalt ehemaliger Sozialhilfeempfänger sei oft so gering, daß es nicht zum Leben reiche.

Diese bittere Erfahrung mußte auch Sifa Tshenda Wa Nsanga-Berry machen. Die 32 Jahre alte alleinerziehende Mutter, die aus dem Kongo stammt, hat versucht, sich und ihre vier und sechs Jahre alten Kinder mit Gelegenheitsjobs durchzubringen. Gleichwohl mußte sie immer wieder Sozialhilfe in Anspruch nehmen, da sie als Putzhilfe, Botin und Kinderfrau nicht genügend verdiente. "Ich habe nur dank CFLS überlebt", sagt die Afrikanerin, die ebenfalls in dem Wohnheim lebt.

Das Schicksal meinte es nicht gut mit ihr, als sie 1999 von einer französischen Universität nach Amerika kam, um sich hier nach Studienmöglichkeiten umzusehen. Sifa heiratete einen Amerikaner, der sie schwer mißhandelte, als sie schwanger wurde, so daß sie schließlich in ein Frauenhaus floh. Dort erfuhr sie, daß nur ihre Kinder als amerikanische Staatsbürger Anspruch auf Sozialleistungen hätten. Für sie als Ausländerin gelte nach der Trennung von ihrem Mann eine Wartefrist von fünf Jahren, auch wenn sie legal im Lande sei. "Ich durfte also auf keinen Fall krank werden", erzählt Sifa.

Beruflich geht es seit einiger Zeit aufwärts. Sifa begann eine Ausbildung als Erzieherin. Bald wird sie ihre Lizenz bekommen. Außerdem unterrichtet sie als Aushilfslehrerin an verschiedenen Schulen und übernimmt Übersetzungsarbeiten für

Rechtsanwälte, die französisch sprechende Immigranten betreuen. Sifas Traum ist es, ein Häuschen zu kaufen und als Tagesmutter zu arbeiten. Mit dem Geld will sie aufs College gehen, um Sozialarbeiterin zu werden.

Das Urteil von Fachleuten zum Reformjubiläum fällt positiv aus: "Früher ging es nur darum, Geld zu verteilen. Heute lautet die Botschaft an die Antragsteller: Ihr braucht einen Job und die Fürsorge hilft euch, einen zu finden", sagt Ron Haskins. Haskins war damals im Stab des entscheidenden Ausschusses im Kongreß und ist inzwischen Senior Fellow in der Brookings Institution, einer Gedankenschmiede in Washington.

Die Zahlen ließen gar keinen anderen Schluß zu, als daß die Reform ein Erfolg war: Die Zahl der Sozialhilfeempfänger sank von 1996 bis zum Jahr 2000 um rund 60 Prozent, rund zwei Millionen Mütter fanden eine Stelle, und die Kinderarmut ging kontinuierlich zurück. "Und auch jetzt noch, nachdem aufgrund der Rezession im Jahr 2001 die Armut etwas gestiegen ist, liegt die Kinderarmut immer noch unter dem Niveau von 1993", sagt Haskins.

Newt Gingrich, damals republikanischer Sprecher des Repräsentantenhauses, ergänzt: "Weniger Familien leben von der Fürsorge als jemals seit Ende der sechziger Jahre." Die Motivation für die Reform erläutert Gingrich so: "Wir wollten das bürokratische System der Sozialhilfe von den Fesseln befreien, die private Initiative verhinderten und so genau denen schadeten, denen es helfen sollte." Die Reform habe nur deshalb so erfolgreich sein können, weil sie mit den Grundwerten Amerikas übereinstimme. "Amerikaner reagieren sehr gut auf positive Anreize. Sie mögen keine Strafen. Das ist der Kern der amerikanischen Gesellschaft."

Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 03.12.2006, Nr. 48 / Seite 46

